



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 128 • Die Woche im Bundestag • 18.01.2013

2013 – Prioritäten für das neue Jahr

CDU und CSU haben das Jahr 2013 mit klaren politischen Botschaften begonnen. So hat der CDU-Bundesvorstand in seiner „Wilhelmshavener Erklärung“ aufgezeigt, wie die Union weiter gemeinsam für ein starkes Deutschland arbeiten will.

Zusammenhalt, generationengerechte Finanzen, eine stabile Währung, gute Bildung und exzellente Wissenschaft, ein wettbewerbsfähiger Mittelstand, moderne Infrastruktur und starke Kommunen sind nur einige der Stichworte auf unserer Agenda.

Die CSU-Landesgruppe hat in Wildbad Kreuth sieben Positionspapiere beschlossen, die wichtige Signale für Stabilität, Solidarität und Sicherheit geben. Wir wollen unser Land weiter voranbringen, Punkt für Punkt.

Und die Konkurrenz? Scheitert zunehmend an der Realität. Niemand jedenfalls wird behaupten, dass etwa die öffentlichen Haushalte oder Einrichtungen in rot/grün regierten Ländern besser aussehen als in den Ländern, wo die Union regiert.

Die aktuellen Steuerpläne der SPD zeigen ihren Widerspruch zwischen Worten und Taten: Wer im Dezember das fertig ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnt und im Januar kaum brauchbare Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorlegt, versucht sich nicht ernsthaft an der Lösung der Probleme unseres Landes. Nicht auf wohlfeile Papiere kommt es an, sondern auf Taten.

Wir jedenfalls sind nicht bereit, Milliarden unverteuert Geldes in der Schweiz liegen zu lassen, so wie SPD und Grüne es gegen alle Vernunft im Vermittlungsausschuss beschlossen

haben. Zurückweisen werden wir auch das ideologische Herumpfuschen am Jahressteuergesetz. Wer hier kleinkarierte Spielchen treibt und Verfassungsurteilen vorgreifen will, kann mit unserem Verständnis nicht rechnen.

Auch die zusätzlichen 580,5 Millionen Euro des Bundes für den weiteren Kita-Ausbau hat man im Bundesrat aus rein parteitaktischen Gründen ausgeschlagen. Gleichzeitig will man den Menschen in Deutschland weismachen, die Bundesregierung ließe Kommunen und Länder bei der Finanzierung des Rechtsanspruches im Stich.

Während die Opposition sich in ihrem Wahlkampf verheddert, arbeiten wir für Deutschland und bringen das Gesetz in dieser Woche daher erneut ein. Man darf gespannt sein, ob die rot/grünen Landesregierungen ein zweites Mal das Angebot der deutschen Volksvertretung ablehnen.

Für uns gilt: Die Bundestagswahl findet erst im Herbst statt. Bis dahin ist noch viel zu tun. Wir arbeiten weiter für Deutschland.

50 Jahre Elysée-Vertrag

Der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Pariser Elysée-Palast unterzeichnete Vertrag markiert einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen.

Die alten „Erbfeinde“ fanden einen Weg über die Gräben und Grenzen der Vergangenheit aufeinander zu. Kriege und Demütigungen, lange Zeit an der Tagesordnung der beiden Staaten, sind nicht mehr vorstellbare Ereignisse, es sind Kapitel in Geschichtsbüchern.

Die Freundschaft, die symbolisch durch Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und später durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und François Mitterrand bekräftigt wurde, ist mittlerweile selbstverständlich und tief in den Herzen der Menschen verwurzelt.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit konnte so zu der tragenden Säule der europäischen Integration werden, sie ist bis heute der Motor der EU. Dass Europa zu einem Kontinent des Friedens werden konnte, wie anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU unterstrichen wurde, ist jedoch beileibe keine Selbstverständlichkeit. Ein wesentlicher Grundstein hierfür wurde mit dem Elysée-Vertrag gelegt.

Auch das Leben der einzelnen Bürger der beiden Staaten hat sich in Folge bereichert. Mit dem deutsch-französischen Jugendwerk, mit den immer offeneren Grenzen, mit Städtepartnerschaften und schließlich einem gemeinsamen Fernsehsender wächst Verständnis füreinander, wächst die deutsch-französische Freundschaft. Im Jahr 2013 ist die Vorstellung einer „Erbfeindschaft“ zwischen Frankreich und Deutschland absurd. Dieses Erbe haben wir verweigert. Wir begehen daher mit Stolz und Freude die gemeinsame Sitzung des Bundestages und der Assemblée Nationale in der nächsten Woche in Berlin.

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2013.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu Jahresbeginn turnusgemäß den Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen. Sie stellt darin ihre finanz- und wirtschaftspolitische Strategie dar und gibt Wirtschaft, Tarifpartnern und Öffentlichkeit mit einer Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Orientierungsdaten für das laufende Jahr.

Der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2013 lautet „Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa“.

Er mahnt damit an, über die finanzielle Krisenbewältigungspolitik hinaus nicht die realwirtschaftlichen Reformen zu vernachlässigen.

Das entspricht auch unserer Linie: Wir müssen wieder stärker nach außen blicken und uns der globalen Konkurrenz stellen, um die gute Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten und Europa aus der Defensive zu holen.

Aller Voraussicht nach wird sich die deutsche Konjunktur trotz des schwierigen Umfelds auch dieses Jahr wieder als robust aufwärts gerichtet erweisen. Aufgrund der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen spielen die privaten Konsumausgaben und die privaten Wohnungsbauinvestitionen eine tragende Rolle. Die Bundesregierung will das Ziel der Schuldenregel, ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35% des Bruttoinlandsprodukts, bereits in diesem Jahr einhalten - also drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das setzt aber voraus, dass wir Erreichtes nicht aufs Spiel setzen und uns weiter anstrengen.

2012 so viele Erwerbstätige wie noch nie

Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2012 im Durchschnitt bei rund 41,5 Millionen. Damit waren im vergangenen Jahr so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Erwerbstätigen folglich um 416 000 Menschen (+1%) gestiegen. Seit 2005 hat sich damit die Zahl der Erwerbslosen um 2,23 Millionen Personen verringert und auf 2,34 Millionen Erwerbslose in 2012 nahezu halbiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gute Konjunkturaussichten für 2013 und 2014

Das Bruttoinlandsprodukt wächst weiter. Zwar ist die deutsche Wirtschaft aufgrund einer schwachen zweiten Jahreshälfte im vergangenen Jahr lediglich um 0,8 Prozent gewachsen, das Bruttoinlandsprodukt wird in 2013 aber mit zunehmendem Tempo um weitere 0,9 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr wird sogar eine jahresdurchschnittliche Rate von mehr als zwei Prozent erwartet. Bedingt wird dies durch die wachsende Nachfrage nach deutschen Exportprodukten aus Nachbarländern wie Frankreich und den Niederlanden.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)